Datenschutzhinweise zur Videoüberwachung im SC Freiburg Fanshop

Besucher*innen des SC Freiburg Fanshops ("**Fanshop**") werden darauf hingewiesen, dass Teile des Fanshops videoüberwacht werden. Die videoüberwachten Bereiche sind durch Hinweisschilder gekennzeichnet.

Im Folgenden informieren wir Sie daher über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch den Sport-Club Freiburg e.V. (kurz: "SCF", "wir", "uns") im Zusammenhang mit der Videoüberwachung, insbesondere der Erstellung und Verwendung der Videoaufnahmen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Videoüberwachung und entsprechende Datenverarbeitungen ist der Sport-Club Freiburg e.V., Achim-Stocker-Str. 1, 79108 Freiburg, scf@scfreiburg.com.

2. Kontaktdaten des externen Datenschutzbeauftragten

Der SCF hat Matthias Götz, LL.M. (Cambridge) als externen betrieblichen Datenschutzbeauftragten benannt. Dieser ist unter <u>datenschutz@scfreiburg.com</u> oder postalisch unter der oben genannten Anschrift (Stichwort: Datenschutz) erreichbar.

3. Zwecke, berechtigte Interessen und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Videoüberwachung und die entsprechenden Datenverarbeitungen erfolgen zur Wahrnehmung des Hausrechts; zum Schutz unserer Beschäftigten; zum Schutz unseres Eigentums und des Eigentums der Besucher*innen; zur Vermeidung von strafrechtlich relevanten Delikten; zur Beweissicherung bei strafrechtlich relevanten Delikten; sowie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Rechtsgrundlage der Videoüberwachung und entsprechenden Datenverarbeitungen ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, wobei unsere Interessen sich aus den vorgenannten Zwecken ergeben.

4. Kategorien von Empfängern

Innerhalb des SCF haben nur speziell hierfür autorisierte Personen Zugriff auf die Videoanlage und die mit ihr erstellten Videoaufnahmen. Soweit dies zur Erfüllung der genannten Zwecke erforderlich ist, können Videoaufnahmen und damit verbundene personenbezogene Daten auch anderen Personen innerhalb des SCF offengelegt werden (z.B. der Rechtsabteilung).

Eine Offenlegung der Videoaufnahmen und damit verbundenen personenbezogenen Daten gegenüber Dritten erfolgt grundsätzlich nicht, es sei denn, die Offenlegung ist für die oben genannten Zwecke der Verarbeitung erforderlich und rechtlich zulässig. Hierbei kommen insbesondere die nachfolgenden Empfänger in Betracht:

- Behörden, Gerichte und andere öffentliche Stellen: Unter Umständen werden wir Videoaufnahmen und damit verbundene personenbezogene Daten gegenüber Behörden (z.B. Staatanwaltschaft), Gerichten und/oder anderen öffentlichen Stellen offenlegen. Dies wird dann der Fall sein, wenn wir zu einer solchen Offenlegung gesetzlich verpflichtet sind (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO) oder wenn wir an der Offenlegung ein berechtigtes Interesse haben (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO). In einem solchen Fall besteht unser berechtigtes Interesse an der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Bestimmte Berufsträger: Es kann vorkommen, dass wir Videoaufnahmen und damit verbundene personenbezogene Daten gegenüber unseren externen Rechtsanwält*innen, unserem Datenschutzbeauftragten oder anderen gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichteten Berufsträger*innen offenlegen. Eine solche Offenlegung erfolgt zur Wahrung unserer berechtigten Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO). Unser berechtigtes

Interesse besteht an der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Datenübermittlung in Drittländer

Eine Übermittlung der Videoaufnahmen in Drittländer (d.h. außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums) findet nicht statt.

6. Speicherdauer

Die Videoaufnahmen werden grundsätzlich innerhalb von 72 Stunden gelöscht. Hiervon kann abgewichen werden, wenn konkrete Ereignisse (z.B. Diebstahl, Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigungen) im Sinne der oben genannten Zwecke (z.B. Beweissicherung oder Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche) eine längere Speicherung erfordern.

7. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von uns unverzüglich die **Berichtigung** Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Sie haben das Recht, von uns die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung durch uns.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs haben Sie das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Sie können dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Baden-Württemberg ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit BaWü, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart.

8. Begriffsbestimmungen

"Auftragsverarbeiter" ist eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

"DSGVO" ist die Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutzgrund-Verordnung).

"personenbezogene Daten" sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

"Verarbeitung" ist jeder ausgeführte Vorgang im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

"Verantwortlicher" ist die natürliche oder juristische Person oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.